

Rechenschaftsbericht

Vertreter/in der DFG-VK im Kampagnenrat „Büchel ist überall!
atomwaffenfrei.jetzt“

Roland Blach

Ich bin als Koordinator maßgeblich in die bundesweite Kampagne eingebunden. Neben meiner Tätigkeit als Landesgeschäftsführer bin ich auf diese Weise eine ideale Schnittstelle zwischen der Kampagne und der DFG-VK, mit vielfältigen Kontakten. Das jahrelange immer wieder aufs Neue bestätigte Vertrauen durch den Bundeskongress ist dafür eine große Unterstützung. Ich nahm etliche teils sehr gut besuchte Vorträge dazu wahr und wurde vielfach von überregionalen Medien dafür angesprochen. Allein 2017 wurde ich dreifach vom SWR Fernsehen für die Landesschau in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz interviewt (Ostermarsch Stuttgart, Aktionstag Büchel, Pacemakers). Zudem begleitete mich ein Kamerateam der Tagesthemen beim Ostermarsch 2017 einen halben Tag zum Thema Doomsday clock, Friedensbewegung und Abrüstung. Viele Gliederungen in der DFG-VK haben das Thema in den letzten Jahren in ihre kontinuierliche Arbeit eingebunden.

Wir stehen vor einer Zeitenwende.

Am 20. September 2017 gab es einen historischen Meilenstein. An der UN-Generalversammlung wurde im Rahmen einer Zeremonie durch den UN-Generalsekretär, die Präsidenten der UN-Generalversammlung, von Costa Rica und des Internationalen Roten Kreuzes und einer Aktivistin der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen ICAN der am 7. Juli 2017 beschlossene Verbotsvertrag von Atomwaffen zur Unterzeichnung freigegeben. Über 50 Staaten haben bereits unterzeichnet, Deutschland fehlt wie alle Atomwaffen- und NATO-Staaten.

Daraufhin hatte die DFG-VK im Kontext nationaler und internationaler Kampagnen intensiv hingearbeitet. Ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft und über 130 Staaten. Ziel dahinter ist die Logik der nuklearen Abschreckung und neuer Aufrüstungstendenzen durch die Friedenslogik der zivilen Konfliktbearbeitung zu überwinden. Sobald der Vertrag von mindestens 50 Staaten ratifiziert ist, werden Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe, Erwerb, Besitz, Testung und der Einsatz von Atomwaffen gegen das Völkerrecht verstoßen. Darüber hinaus regelt das Abkommen weitreichende Verbesserungen des Opferschutzes für Menschen, die von Atomwaffeneinsätzen und -tests betroffen sind, und schreibt Maßnahmen zur Umweltsanierung vor.

Wenn wir in ein paar Jahrzehnten zurückblicken werden, könnte der 7. Juli 2017 zu einer Zäsur der Ordnung nach dem 2. Weltkrieg geführt haben.

Auch die Androhung eines Atomwaffenangriffs wird verboten und damit das Konzept der atomaren Abschreckung, wie wir sie seit 70 Jahren kennen, als klarer Völkerrechtsbruch definiert. Das Deutsche wie auch das Internationale Rote Kreuz begrüßten den Vertrag und bezeichneten ihn mit Blick auf die Einhaltung des humanitären Völkerrechts als wegweisend. Die Drohung, Zivilisten mit Massenvernichtungswaffen zu töten, ist mit den Genfer Konventionen, der Haager Landkriegsordnung und den universellen Menschenrechten nicht vereinbar. Das Atomwaffenverbot schließt somit eine völkerrechtliche Lücke, die jahrzehntelang nicht überwunden werden konnte. Während biologische und chemische Waffen, Landminen und Streubomben international geächtet werden, waren Atomwaffen vom Völkerrecht geduldet.

Der Verbotsvertrag ist aktuell umso wichtiger, da die Frage NICHT nur der atomaren Rüstung immer stärker in den Fokus gerät. Die Arsenale aller Atomwaffenstaaten werden unter dem Vorwand der „Modernisierung“ aufgerüstet, besonders die Trägersysteme.

Es sind gerade die Regionen, in denen sich Atomwaffenstaaten gegenüberstehen, die die größte Instabilität für den Weltfrieden bedeuten: die Konfrontation zwischen Russland und den Vereinigten Staaten in Osteuropa, das atomare Säbelrasseln zwischen Indien und Pakistan oder der Stellvertreterkrieg in Syrien. Der atomar eskalierte Dauerkonflikt zwischen Nordkorea und den USA hat sich seit Sommer deutlich verschärft. Weltpolitische Stabilität lässt sich nicht durch die Drohung mit Massenvernichtungswaffen erzielen.

In den Militär- und Sicherheitsdoktrinen nehmen die atomaren Waffen an Bedeutung wieder zu. Wir stehen vor einem zweiten „Frühling“ einer atomaren Aufrüstung. Gemeinsam ist allen Nuklearwaffen besitzenden Staaten, dass sie behaupten, die anderen Nuklearmächte würden sie zur neuen Aufrüstung zwingen.

Etliche DFG-VK-Mitglieder nahmen in diesem Jahr an der bundesweiten Aktionswoche „Ja zu einem Atomwaffenverbot“ teil – zusammen mit vielen weiteren Friedensaktivisten und (Ober-)Bürgermeistern der Mayors for Peace. Dabei wurde auf die zeitgleich stattfindende erste Verhandlungsrunde für ein Atomwaffenverbot bei der UNO in New York aufmerksam gemacht. Dabei und in der anschließend erneut bis 9. August stattfindenden 20-wöchigen Aktionspräsenz in Büchel untermauerten Friedensaktivisten aus ganz Deutschland die Forderung nach Abzug der in Büchel gelagerten Atomwaffen. Außerdem forderten sie die Teilnahme Deutschlands an den Verhandlungen für ein Verbot von Atomwaffen. Die Grußworte von Bürgermeistern aus Köln, Bonn, Düsseldorf und vielen kleineren Städten bekräftigten den eindringlichen Wunsch nach und die völkerrechtliche Verpflichtung auf atomare Abrüstung.

Folgerichtig wurde eine Woche nach Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Trump die sogenannte Domsday clock am 26. Januar 2017 auf zweieinhalb Minuten vor Zwölf gestellt. Mit Verweis auf diese große neue Aufrüstungswelle und die Unberechenbarkeit u.a. von Trump selbst. Die Gefahr eines Atomkrieges ist damit so groß wie zuletzt Anfang der 50er Jahre zu Zeiten des Koreakrieges!

Während der zweiten Runde der Verbotsverhandlungen war die Pacemakers-Reformations-Tour der DFG-VK vom 29. Juni bis 1. Juli 2017 unterwegs von Bretten über Gersfeld, Halle nach

Wittenberg. Über das Wochenende vom 7. bis 10. Juli 2017 wurde in 250 der über 500 deutschen Mayors-for-Peace-Städten deren Flaggen als Symbol für das Ziel eines Atomwaffenverbots gehisst. Am 5. August fand der mittlerweile 13. Pacemakers- Radmarathon statt, der wie in den Vorjahren ausgebucht war. Begleitend dazu gab es auch heuer mehrere Zeitungsanzeigen. Diesmal in der FAZ, der taz und der Stuttgarter Zeitung.

Am 9. August 2017 endete die zweite zwanzigwöchige Aktionspräsenz am Atomwaffenlager Büchel. Wie im Jahr zuvor waren viele DFG-VK Mitglieder und Gruppen darin involviert. Marion Küpker war für die DFG-VK und die Kampagne dabei für alle eine überaus engagierte Ansprechperson. Mit großem Nachdruck gelang es damit, Büchel als wichtigen Symbolort der Friedensbewegung auszubauen.

Mit einem neuen Aktions-Material-Paket der DFG-VK gelang es an vielen Orten, insbesondere auch junge Menschen an das Thema und die DFG-VK heranzuführen.

Hermann Theisen war mit großem medialen Interesse in viele Verfahren wegen Aufruf zum Whistleblowing am Atomwaffenlager Büchel involviert, für die er allesamt freigesprochen wurde.

Die deutsche Politik ist in den letzten zwei Jahren eher halbherzig mit dem Thema atomare Abrüstung umgegangen. Das Verbotsverfahren an der UN wurde mit Verweis auf die NATO und die Atomwaffenstaaten boykottiert. Im Wahlkampf wurde, auch bedingt durch unsere ständige Präsenz, der Abzug der Atomwaffen aus Büchel durch Kanzlerkandidat Martin Schulz offensiv angesprochen.

Die Beteiligung in der Kampagne und die Vernetzung hat sich intensiv weiter entwickelt. So waren allein beim letzten der regelmäßig stattfindenden Kampagnentreffen am Montag, 11. September 2017, 27 Personen vertreten. Mit dabei: viele Aktive aus unterschiedlichen Friedensgruppen, etliche Engagierte der DFG-VK, Bürgermeister, VertreterInnen der Kirche.

Mit diesem Schwung in schwierigen Zeiten kann der Druck auf die Bundesregierung weiter verstärkt werden, um der Friedenslogik langfristig zum Durchbruch zu verhelfen. Die Ausrichtung der DFG-VK hin zu „Frieden schaffen ohne Waffen“ hatte in der Kampagne schon immer eine große Akzeptanz. Mit der Zäsur durch den Verbotsvertrag ist diese Zielsetzung Bestandteil einer immer breiteren Diskussion.

BÜCHEL IST ÜBERALL!
atomwaffenfrei.
 **jetzt**

*Stopp der nuklearen
Aufrüstung in Deutschland*

*Abzug der Atomwaffen
aus Büchel*

Verbot der Atomwaffen

www.atomwaffenfrei.de

Stand: 2. Oktober 2017